

Kurzbericht zum Workshop

ADB, AIIB & Co: Geld für Entwicklung – Die Rolle der Banken in und aus Asien

China-Programm der Stiftung Asienhaus, 4. Asientag, 16.4.2016 in Köln

Teilnehmer:

- Regine Richter (Urgewald)
- Wen Bo (Advisor for the Global Greengrants Fund and the National Geographic Air and Water Conservation Fund)
- Titi Soentoro (Aksi Indonesia)

Moderation: Nora Sausmikat (Stiftung Asienhaus)

Die rasante Entwicklung, die asiatische Länder in den vergangenen Jahrzehnten als Werkbank der Welt und Powerhaus weltwirtschaftlichen Wachstums gemacht haben, hat gleichzeitig erhebliche wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Verwerfungen hervorgebracht. Viele Menschen profitieren nicht von den Versprechungen durch Modernisierung und Wachstum. Im Gegenteil: Die Einkommensgegensätze werden vielerorts größer, und neue soziale Ungleichheiten entstehen.

Im Zentrum des Workshops stand die Rolle von Banken bei der Finanzierung von Entwicklungsprojekten. Alle drei ReferentInnen konzentrierten sich auf die Safeguard-Mechanismen, also den Schutz von Mensch und Umwelt, der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB), der Weltbank sowie der neu gegründeten China-dominierten Investitionsbank Asian Infrastructure Development Bank (AIIB).

Entwicklungsprojekte und Investitionsprojekte der neuen AIIB fokussieren auf Infrastrukturprojekte und Ressourcenausbeutung. Wie an mehreren Beispielen gezeigt wurde, verstoßen sie dabei häufig gegen ihre eigenen sozialen und ökologischen Standards, ihre Projekte haben gravierende Auswirkungen wie Vertreibungen, Umweltzerstörung und einen wachsenden Einfluss globaler Konzerne.

Titti Soentoro sprach von einer Bandbreite an Versagen der sozialen und ökologischen Sicherheitsmechanismen der Banken. Sie führte Beispiele auf wie die 260.000 km lange von den ASEAN Staaten geplante „Asiatische Autobahn und Eisenbahnstrecke“ (Asian Highway and Railway), die massive Umsiedlungen zur Folge haben, die nicht über genügend Ausgleichszahlungen und soziale Integrationsmaßnahmen für die Betroffenen abgesichert seien. Oder die 250 km² Wald, die den zwei Wasserkraftwerken in Laos weichen mussten. Auch die durch die AIIB finanzierte und die ADB kofinanzierte „Seidenstraße“ sieht vornehmlich den Bau von Häfen, Straßen, Eisenbahnstrecken und Flughäfen in den „Zulieferländern“ Laos,



Myanmar, Nepal und Zentralasien vor. Entlang Seidenstraße sollen die Elektrizitäts-, Öl- und Gasversorgung ausgebaut werden-dafür sind massive Umsiedlungen und Vertreibungen notwendig.

Betrachtet man eine Aufstellung der Safeguard Mechanismen der drei großen Banken, so unterscheiden sie sich nur in sehr wenigen Punkten. Alle drei Banken verlangen Umweltverträglichkeitsprüfungen und soziale Risikoeinschätzungen (manche mit einem zusätzlichen Fokus auf Frauen). Jede Bank hat jedoch ihre eigenen Standards, die AIIB hatte bis März nur Entwürfe, die der Öffentlichkeit jedoch verborgen blieben. Die Mechanismen der Informationspolitik der Banken sowie der Konsultation mit der von Entwicklungsprojekten betroffenen Bevölkerung fallen sehr unterschiedlich aus. So hält es die ADB nicht für notwendig, die Bevölkerung vorab zu informieren und Zustimmung einzuholen, die Weltbank informiert nur.

Die Umwelt- und Sozialstandards der Entwicklungsbanken sind genauso ambitioniert wie die Entwicklungsprojekte die sie regulieren sollen, die Realität ihrer Implementation hingegen ist eher ernüchternd. Titi Sorento referierte, dass Allianzen wie das ADB NGO Forum daher vor allem kritisieren, dass die Standards nur unzureichend oder gar nicht implementiert werden und es keine wirksamen Beschwerdemechanismen gebe.

Millionen von Menschen verloren ihr Land und ihre Lebensgrundlage, fragile Ökosysteme wurden ausgebeutet und zerstört.

Beispiel hierfür ist die Mongolei. **Regina Richter** erörterte die fatalen Folgen der durch die Banken unterstützten Finanzierung des Bergbaus im fragilen Ökosystem der Mongolei. Die Mongolei erhoffte sich vom Bergbau die dringend notwendigen Entwicklungsimpulse und den Abbau der extremen Armut. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat von 2006 bis 2010 ganze 70 ihres Geldes in Mongolische Bergbauprojekte investiert. Tatsächlich führten die durch

Entwicklungsbanken finanzierten Minen zu mehr Ungleichheit, einem nur kurzfristigen Wirtschaftswachstum und irreversibel zerstörten Weideland. Gerade in ökologisch hoch sensiblen Gebieten wie der Mongolei hat der Bergbau fatale Folgen: traditionelle Weidegebiete werden zerstört, die Umlenkung der Flüsse führt zur Austrocknung der Brunnen. Gibt es Klagen, so scheitern diese oft schon an der Immunität der Banken. Darüber hinaus erzeugen Investitionen in den Bergbau einen Teufelskries: Das Land verschuldet sich und muss die Gewinne nutzen, um die Schulden zurückzuzahlen. Richter führte dies anhand des Fallbeispiels der Oyu Tolgoi Kupfermine aus.

Wen Bo unternahm den Versuch, die Notwendigkeit von Auslandsinvestitionen durch chinesische Unternehmer aus dem Systemwechsel heraus zu erklären. Durch den Wegfall von Wohlfahrtsleistungen durch den chinesischen Staat sei der Einzelne dazu genötigt, mehr Eigenkapital zu erwirtschaften, was Auslandsinvestitionen notwendig machte. Außerdem habe der chinesische Staat extreme Überkapazitäten vor allem in der Stahlproduktion entwickelt, die v.a. in Südostasien durch die Seidenstraßenstrategie abgebaut werden sollten. Darüber hinaus seien die Seidenstraßenstrategie und die sie flankierende AIIB das Vermächtnis von Xi Jinping. Wen führte zahlreiche Investitionsbeispiele auf, die massive ökologische Schäden in Indonesien, Myanmar, Laos und der Mekong Region hervorgerufen hätten. Er wies auch auf die Gefahr hin, dass die meisten Länder der Region politische Systeme aufweisen, die Korruption begünstigen und dadurch die Implementierung von Umwelt- und Sozialstandards erschweren würden. Eine Investitionsbank sei hier sicher effektiver als Entwicklungsbanken, denn billiges Geld würde in diesen Ländern zur verstärkten Korruption führen.

Diskussion und Maßnahmen

Diskutiert wurde u.a., dass es auch nach der deutschen Ratifizierung des Beitritts zur AIIB und der Aufnahme des regulären Geschäftsbetriebs im Frühjahr 2016 noch keine Umwelt- und Sozialstandards, keine Informations- und Transparenzrichtlinien und auch keinen Beschwerdemechanismus gegeben habe. Erst im März 2016 hätten die Konsultationen hierzu hinter verschlossenen Türen stattgefunden. Eine Informationspflicht wurde angemahnt.

Es wurde darauf hingewiesen, dass es NGOs und die betroffene Bevölkerung mächtige Verbündete in den Regierungen bräuchten. Kritisch wurde nachgefragt, ob die Verstöße überhaupt eine nennenswerte Größe erreichen im Verhältnis zu den Gesamtinvestitionen. Hierzu entstand verständlicherweise keine größere Diskussion. Schließlich wurde die Frage, was der einzelne Bürger zur Verbesserung der Lage beitragen könne, mit Hinweisen auf einzelne Aktionen z.B. im Umfeld der Jahrestagung der ADB in Frankfurt beantwortet. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass das deutsche Finanzministerium für die AIIB-Beteiligung zuständig sei und das deutsche Parlament aufgerufen sei, hier mehr Transparenz zu fordern. Der Bundestag solle regelmäßig Rechenschaft vom zuständigen Finanzministerium einfordern.

